

02.09.2016

BuB 08-2016

Bundesbeamte: Arbeitszeit beschäftigtenfreundlich gestalten

Für den DGB und seine Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ist die Entlastung der Bundesbeamtinnen und -beamten ein wichtiges Handlungsfeld. Der hohe Krankenstand ist nur ein Faktor, welcher zeigt, wie wichtig dies ist. Am 2.9.2016 fand im Bundesministerium des Innern (BMI) ein Fachgespräch statt. Neben Vertreterinnen und Vertretern des BMI nahmen der DGB sowie seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes GdP, EVG und ver.di teil.

Die regelmäßige Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte wurde in den Jahren 2004 und 2006 erhöht und beträgt nach der AZV derzeit 41 Stunden. Insbesondere die seitens der Gewerkschaften wiederholt kritisierte hohe Wochenarbeitszeit von 41 Stunden für Bundesbeamte wurde kontrovers diskutiert. So sei das mit der Erhöhung bezweckte Ziel der Haushaltskonsolidierung längst erfüllt, wie Dr. Karsten Schneider, Abteilungsleiter beim DGB angeführt hat.

Nach Auffassung der EVG muss – mit Blick auf die enorme Arbeitsverdichtung - für alle Beamte des Bundes die Wochenarbeitszeit und besonders für Beamte im Schichtdienst die Lebensarbeitszeit reduziert werden. Im Bahnbereich wurde die Pro-Kopf-Produktivität seit 1994 enorm gesteigert. Zentralisierung und Rufbereitschaft haben erheblich zugenommen. Die Folgen sind lange Ausbleibzeiten und Einschränkungen im Privatleben. Die DGB-Delegation hat Handlungsbedarfe in mehreren Punkten angemahnt.

Das Ministerium sieht sich jedoch nicht in der Lage, die wöchentliche Arbeitszeit abzusenken und erteilte solchen Forderungen eine Absage.

Einigkeit bestand insoweit, dass beide Seiten individuelle Lösungen und Flexibilisierungsmaßnahmen für einen gangbaren Weg halten. In weiteren Gesprächen wird zunächst ausgelotet, welche arbeitszeitrechtlichen Instrumente zur Entlastung der Bundesbeamtinnen und -beamten vordringlich umgesetzt werden können.

Wir leben Gemeinschaft